



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr
vom 07.05.2009

im Sitzungsraum 152 des Rathauses Beckum, Weststraße 46, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Bericht der Verwaltung
3. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020
Vorlage: 2009/0080 Beratung
4. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Herr Joachim Mücke

CDU-Fraktion

Herr Dieter Beelmann

Herr Stefan König

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Tobias Nordhoff

Herr Josef Schumacher

SPD-Fraktion

Herr Hubert Kottmann

Herr Albert Pott

Vertretung für Herrn Erwin Sadlau

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Günter Bürsmeier

Herr Heinz Wewer

Vertretung für Herrn Rainer Ottenlips

FWG-Fraktion

Frau Ulrike Rehbock

Vertretung für Herrn Heinz Haske

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

Verwaltung

Herr Klaus Fernkorn

Frau Gabriele Günnewig

Herr Thorsten Herbst

Herr Heinz-Josef Heuckmann

Frau Brigitte Janz

Herr Wolfgang Meier

Herr Rudolf Meyer

bis TOP 2, ö.T.

Nicht anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Rudolf Goriss

FDP-Fraktion

Herr Tobias Tarnier

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:21 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Sachkundiger Bürger Bürsmeier daraufhin, dass ihm die Einladung zur Ausschusssitzung am 30.04.2009 nicht zugegangen sei und er dementsprechend nicht an der Sitzung teilgenommen habe.

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es erfolgten keine Anfragen.

2. Bericht der Verwaltung

Der Vorsitzende, Ratsmitglied Mücke, wies daraufhin, dass der in der Sitzung am 30.04.2009 behandelte Antrag der FWG-Fraktion zur Einrichtung eines Urnengrabfeldes in der nächsten Sitzung erneut behandelt werden müsse, da laut Verwaltung die Ablehnung des Beschlussvorschlages der Verwaltung nicht gleichzeitig die Zustimmung zum Antrag der FWG-Fraktion bedeute.

Sachkundiger Bürger Wewer wies daraufhin, dass ein weiterer Verfahrensfehler unterlaufen sei, indem Ratsmitglied Stöppel während der Sitzung mit Ratsmitglied Haske getauscht habe, obwohl Ratsmitglied Stöppel kein ordentliches Mitglied des Ausschusses sei.

Ratsmitglied König erklärte, nach Auskunft von Herrn Vehrenkemper werde die Angelegenheit zurzeit geprüft. Das Ergebnis werde mitgeteilt.

Frau Janz berichtete, dass sowohl im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) als auch anschließend im Stadtentwicklungsausschuss(STEA) Ratsmitglied Stöppel einen Tausch mit einem jeweils anwesenden Mitglied vorgenommen habe. Während Ratsmitglied Stöppel im AUIV als Vertreter bestellt sei, sei dieses im Stadtentwicklungsausschuss nicht der Fall. Darüber hinaus habe Ratsmitglied Stöppel im AUIV nach der Abstimmung sein Statement abgegeben, im STEA dagegen vor der Abstimmung. Grundsätzlich sei solch ein „fliegender Wechsel“ nicht zulässig, falls sich jedoch ein Mitglied verhindert fühle, müsse auch während der Sitzung grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, die Vertretung zu übernehmen. Beide Vorgänge werden nunmehr zum Anlass genommen, die Rats- und Ausschussmitglieder entsprechend zu informieren, um für die Zukunft eine zulässige Handhabung zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Entscheidung über den FWG-Antrag auf Einrichtung eines Urnengrabfeldes erläuterte Frau Janz, dass diese nicht zu beanstanden sei, da über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt worden sei. Lediglich die Interpretation, dass gleichzeitig mit Ablehnung des Beschlussvorschlages dem Antrag der FWG-Fraktion zugestimmt worden sei, gehe fehl. Da aber offensichtlich die Absicht des Ausschusses bestanden habe, eine positive Beschlussfassung zu treffen, werde der Antrag daher in der nächsten regulären Sitzung des Ausschusses am 18.06. wieder in die Tagesordnung aufgenommen. Ein entsprechendes Schreiben sei bereits durch das Ratsbüro versandt worden.

Der Vorsitzende bat um Entschuldigung für die falsche Interpretation des Beschlusses und erläuterte, diese der Logik folgend vorgenommen zu haben.

Im Anschluss berichtete Herr Fernkorn zur Planfeststellung der B58n. Entgegen des Artikels in der Tagespresse seien die Planunterlagen seitens der Bezirksregierung erst heute eingegangen. Die Offenlegung erfolge in der Zeit vom 18.05.-17.06.2009. In diesem Zeitraum könne die Einsichtnahme im Raum 147 erfolgen.

Des Weiteren berichtete Herr Fernkorn, zum Radwegebau Mühlenweg liege ein Vereinbarungsentwurf des Landesbetriebes Straßen NRW vor, der den Bau der Radwege von

der Hammer Straße bis zum Rosenbaumweg beinhalte und die Planung für den Lückenschluss bis zur Stadtgrenze mit einseitigem kombinierten Rad-und Gehweg vorsehe.

Die Stadt bekomme für die Durchführung dieser Maßnahmen einen Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von zehn Prozent.

3. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020 Vorlage: 2009/0080 Beratung

Der Vorsitzende fragte an, ob seitens des Ausschusses gewünscht werde, das gesamte Konzept durchzusprechen oder nur die Kapitel, die die Zuständigkeit des Ausschusses betreffen.

Ratsmitglied Pott äußerte, die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass ab Seite 67 insbesondere die Kapitel sechs - Infrastruktur - und sieben - Natur und Umwelt - im AUIV zu behandeln seien.

Ratsmitglied Beelmann wies daraufhin, dass es viele Überschneidungen zu Themen des Stadtentwicklungsausschusses gebe.

Herr Herbst bestätigte, dass es Überschneidungen gebe; dieses sei jedoch nicht schädlich.

Entsprechend des Vorschlags von Ratsmitglied Pott beschäftigte sich der Ausschuss im Anschluss mit den Kapiteln sechs, sieben und acht teilweise.

Ratsmitglied Pott trug folgende Ziele vor, um die das vorliegende Konzept ergänzt werden sollte:

6.1. Überörtlicher Verkehr

Herstellung einer Anbindung Sudhofer Weg an die L 586; Fortführung der B 475n Neubeckum-Ennigerloh

6.4. ÖPNV mit Bus und Bahn

Anbindung des Parkfriedhofs sowie des Beckumer Südens an den ÖPNV

Sicherung der Bahnübergänge Blumenbecker und Möllers

Diesbezüglich wie Herr Fernkorn daraufhin, dass es sich um eine private Angelegenheit der jeweiligen Firma handele. Langfristig werde jedoch über eine andere Erschließung nachgedacht.

6.6. Wasser und Abwasser

Keine Privatisierung im Bereich Wasser

Ratsmitglied Kottmann ergänzte zu **6.2. – Innerstädtische Verkehrsentwicklung** –, dass es die Bestrebung geben müsse, die Lichtzeitanlagen abzubauen und durch Kreisverkehre zu ersetzen.

Ratsmitglied Linnemann erkundigte sich unter Bezugnahme auf die auf S. 68 aufgeführten Erkenntnisse, ob es sich hierbei um Erkenntnisse aus dem im Jahre 1993 aufgestellten Verkehrsentwicklungsplan handele.

Dieses wurde seitens Herrn Meyer bestätigt.

Diesbezüglich verwies Frau Linnemann auf die erforderliche Reduzierung der Abgase.

Seitens Herrn Heuckmann wurde auf das Klimaschutz-Konzept und dessen wesentliche Anforderungen verwiesen. Als Maßnahmen seien hier u.a. die Förderung des Radverkehrs, die Umrüstung der städtischen Fahrzeuge sowie eine Ausweitung des ÖPNVs bzw. eine Reduzierung des Individualverkehrs benannt.

Ratsmitglied König gab zu bedenken, dass aufgrund des ländlich strukturierten Raumes viele Pendler auf die Nutzung ihres PKW angewiesen seien.

Herr Herbst fasste die v.g. Erwägungen dahingehend zusammen, dass als Ziel festgehalten werde, dass der Verkehrsentwicklungsplan weiter ausgebaut werden solle.

Ratsmitglied Mücke erkundigte sich unter Hinweis auf Seite 72, ob tatsächlich beabsichtigt sei, den Passus zur Wiederaufnahme des Personenverkehrs durch die Westfälische

Landeseisenbahn im Konzept beizubehalten.

Ratsmitglied Pott verwies darauf, dass seines Wissens nach die Strecke zur Verfügung gestellt werden müsse, sofern ein privates Unternehmen die Strecke betreiben wolle.

Ratsmitglied Mücke erklärte, dass ihm im Bereich Abwasser die auf Seite 75 benannten schlechten Werte der Kläranlage Neubeckum Sorgen bereiten.

Hierzu erläuterte Herr Fernkorn, dass bereits in der letzten Sitzung berichtet worden sei, dass ein Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema vorliege. Dieser werde in der nächsten Sitzung behandelt. Außerdem mache man sich derzeit Gedanken darüber, wie die Reinigungsleistung der Kläranlage verbessert werden könne. Versuche mit Kreide bewirken, dass das Volumen des Klärschlammes größer werde und der Kupfergehalt niedriger.

Mit Hinweis auf Seite 78 erkundigte sich Ratsmitglied Mücke zu den Altlasten im Bereich Hermann-Löns- Weg und Gustav-Freytag-Straße.

Diesbezüglich erläuterte Herr Heuckmann, dass für den Bereich Hermann-Löns- Weg eine Gefährdungsabschätzung erstellt worden sei, die im Ergebnis keine weitere Gefährdung festgestellt habe. Die Gefährdungsabschätzung für die Altlast Gustav-Freytag- Straße stehe auf der Liste. Nach Rücksprache mit dem Kreis bestehe dort aktuell kein akutes Gefährdungspotential.

Zu Kapitel **7.2 – Boden** – fragte Ratsmitglied Mücke nach, wie der Stand zur Erstellung der digitalen Bodenbelastungskarte sei.

Herr Heuckmann wies daraufhin, dass die digitale Karte für den Außenbereich vorliege, zur Erstellung der Karte für den Innenbereich habe man im letzten Jahr versucht, Fördermittel zu bekommen. Der Antrag sei jedoch abschlägig beschieden worden. Ein erneuter Versuch werde in diesem Jahr unternommen. Sobald eine Zusage von Fördermitteln vorliegen werde, könne mit der Erstellung begonnen werden.

Ratsmitglied Pott betonte, dass mit der Erstellung schnellstens begonnen werden müsse. Sollte dieses nicht zeitnah geschehen, werde die SPD- Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

Ratsmitglied König betonte, dass es wichtig sei, verstärkt Ausgleichsflächen auf die unbedingt erforderliche Größe zu beschränken.

Herr Heuckmann wies daraufhin, dass Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft gesetzlich vorgegeben seien. Die Stadt Beckum verfolge dabei den Weg, Ausgleichsflächen mit kommunalen Projekten (z.B. an Gewässern) zu kombinieren und dadurch eine Reduktion des Flächenverbrauchs zu erreichen. Dieses treffe auf die Zustimmung der Landwirtschaft.

Unter Bezugnahme auf Kapitel **7.3 – Luft** – merkte Ratsmitglied Mücke an, ihm fehle die Einrichtung von Luft- Messstationen.

Des Weiteren erkundigte er sich zu der aufgeführten Maßnahme „ Einrichtung eines Runden Tisches Klima und Energie“.

Herr Heuckmann erläuterte, es handele sich um ein Thema für die gesamte Stadt Beckum. EVB, Gewerbe und Handwerk sollen gemeinsam Schwerpunkte setzen. Es sei der Aufbau eines Netzwerkes Klima und Energie mit vielen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen beabsichtigt.

Ratsmitglied Pott forderte eine CO₂- Reduzierung durch lokale Maßnahmen, insbesondere durch die Stadt Beckum.

Zu Kapitel **7.4 - Natur und Landschaft** – unterstützte Ratsmitglied Pott das dort benannte Ziel und betonte die Wichtigkeit der Ausführung der Abschnitte 1 und 3 des Stichelbachs in Vellern, um insgesamt erfolgreich zu sein.

Ratsmitglied Mücke erkundigte sich nach anderen Maßnahmen in Zusammenhang mit der Weiterführung des Ökokontos.

Diesbezüglich erwähnte Herr Heuckmann, dass die Möglichkeit bei weiteren Bächen sowie Steinbrüchen bestehe, hier Aufwertungen zu realisieren, die ins Kommunale Ökokonto eingestellt werden könnten.

Unter Bezugnahme auf **Kapitel 7.5- Lärm-** fragte Ratsmitglied Mücke zur Umsetzung der EU-

Umgebungsrichtlinie an.

Herr Heuckmann erläuterte, dass es sich um ein zweistufiges Verfahren in Verantwortung der Kommunen handele. Stufe 1 umfasse Verkehrswege mit hohen Belastungen (in Beckum: Bundesautobahn und Eisenbahn Köln- Minden in Neubeckum). Hier sei vom Land Hilfestellung erfolgt. Die Daten zu Lärmbelastung Bahn und die Lärminderungsplanung liegen u.a. vor. Die Daten zur Autobahn zeigen, dass dort generelle Aspekte mit dem 6-streifigen-Ausbau gelöst seien. Nun liegen nur noch punktuell hohe Belastungen vor, die jedoch keine Lärminderungsplanung erfordern .

In der Stufe 2 seien weitere Straßen mit hohen Belastungen zu prüfen (in Beckum z.B. die B 475/ Neubeckumer Straße/ Geißlerstraße und die B 58). Auch dazu habe das Land zugesagt, die Lärmmessungen zur Verfügung zu stellen. Eine eventuell erforderliche Lärminderungsplanung müsse dann jedoch durch die Stadt erfolgen.

Ratsmitglied Pott betonte, dass es Ziel sein müsse, den Neubau von örtlichen und überörtlichen Straßen nur mit Lärmschutz, gegebenenfalls mit Flüsterpflaster, zu realisieren.

Bezogen auf Kapitel **7.6 - Information und Beratung** – forderte Ratsmitglied Pott, die Bürgerschaft bei Umweltprojekten frühzeitig zu beteiligen.

Herr Heuckmann wies daraufhin, dass Maßnahmen und Informationen im Bereich Umwelt jeweils frühzeitig der Öffentlichkeit bekannt und zugänglich gemacht werden.

Ratsmitglied Mücke erkundigte sich, von wem die Exkursionsreihe Beckumer NaTouren durchgeführt werde.

Diesbezüglich erläuterte Herr Heuckmann, dass der Fachdienst Natur und Umwelt diese Reihe organisiere. Zum Teil werden die Touren vom Fachdienst, von Frau Austermann bzw. von ihm durchgeführt, zum Teil auch von Fachleuten (z.B. der Naturschutzverbände) .

Zu Kapitel **7.7 – Grünflächen und Wald** – erklärte Ratsmitglied Pott, die Erhöhung des Waldanteils müsse angestrebt werden.

Hierzu äußerte Herr Heuckmann, dass sich die Frage stelle, wo die Fläche herkommen solle. Möglicherweise gehe eine Erhöhung zulasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dieses sei abzuwägen.

Ratsmitglied König erkundigte sich, wie das auf Seite 91 benannte Ziel „Weitere Extensivierung der Grünflächenunterhaltung“ zu verstehen sei.

Herr Heuckmann beantwortete die Nachfrage dahingehend, dass man sich bereits im Rahmen der Planung Gedanken zu Flächen mache, die erst zukünftig entstehen werden. Insbesondere lege man das Augenmerk auf Aufwand, Pflege, Unterhaltung, Energie und Materialien. Als Beispiel benannte er in diesem Zusammenhang die Bepflanzung und Eingrünung Hammer Straße. Ähnlich sehen die Planungen für die Stromberger Straße sowie den Mühlenweg aus.

Ratsmitglied Mücke betonte, dass insgesamt eine größere Anzahl von Bäumen in den Straßen gepflanzt werden sollte.

Ratsmitglied Linnemann fragte an, was unter dem Ziel „Abbau von Barrierewirkungen durch den großflächigen Kalksteinabbau“ zu verstehen sei.

Herr Heuckmann erläuterte, dass hinter diesem Ziel die Idee stehe, Steinbruchflächen für die stille Erholung (z.B. Steinbruchallee) zu erschließen und damit zum Teil auch ehemalige alte Wegebeziehungen wiederherzustellen. Gleichfalls müsse eine Vernetzung der Natur beachtet werden.

Sachkundiger Bürger Schumacher erkundigte sich, inwieweit bei der Weiterentwicklung der bestehenden städtischen Wälder der Wildbestand und dessen Rückzugsgebiete Berücksichtigung finden. Bereits heute werde der Wildbestand durch Sportler etc. stark beeinträchtigt. Er regte an, auf Seite 91 zum Thema Wald auch dessen Bedeutung als Rückzugsgebiet für die Tierwelt zu integrieren.

Ratsmitglied Pott erkundigte sich unter Bezugnahme auf Kapitel **7.9 - Abgrabungen und Renaturierung** - wie in Zusammenhang mit der Abbaurahmenplanung der Anteil der durch den Kalksteinabbau in Anspruch genommenen Flächen auf 15 % ermittelt worden sei.

Herr Heuckmann trug vor, dass die Flächenannahme aus dem Jahre 2005 stamme.

Zwischenzeitlich sei z.B. die Abbaugenehmigung Vellern - Nord für die Firma Dyckerhoff erloschen, so dass sich der Flächenverbrauch für die Steinbrüche verlangsamt. Dieses könne im Konzept genannt werden.

Zu Kapitel **7.10 – Flächennutzung und –verbrauch** formulierte Ratsmitglied Pott das Ziel, den Verbrauch der Freiflächen zu reduzieren und Brachflächen (z.B. Ellinghaus) stärker zu nutzen.

Zu Kapitel **8.1.3 – Feuerwehr/ Rettungsdienst** – trug Herr Meyer vor, dass der Brandschutzbedarfsplan bereits ausführlich- auch perspektivisch- dargestellt worden sei. Die unter diesem Kapitel aufgeführten Punkte und Ziele reflektieren die Aspekte und Festlegungen aus dem v.g. Plan.

Zu Kapitel **8.1.4. – Friedhofswesen** – forderte Ratsmitglied Pott, dass alle Friedhöfe mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein müssen. Gegebenenfalls sei eine bedarfsorientierte Anbindung durch den Bürgerbus herzustellen. Weiteres unbedingtes Ziel müsse die Bezahlbarkeit der Bestattungskosten für den Bürger sein.

Da weitere Vorschläge bzw. Forderungen seitens der Ausschussmitglieder nicht erfolgten, fragte der Vorsitzende an, ob die nächste, zusätzlich eingeplante Sitzung am 24.06.2009 erforderlich sei.

Herr Herbst äußerte sich dahingehend, dass der Ausschuss die Möglichkeit habe, spezielle Themen, z.B. Demografie, weiter zu vertiefen und hierzu Experten einzuladen. Diese Gespräche sollten dann nach der Sommerpause im Rahmen von Workshops geführt werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden in die Runde der Ausschussmitglieder erklärte Ratsmitglied Pott, falls die von ihm vorgetragenen Ziele und Forderungen im Konzept Niederschlag finden, habe die SPD- Fraktion zu diesem Thema in diesem Ausschuss alles erreicht.

Im Anschluss stellte der Vorsitzende zur Abstimmung, ob auf die zusätzliche Sitzung am 24.06.2009 verzichtet werden solle.

Beschlussvorschlag:

Auf die zusätzliche Sitzung am 24.06.2009 wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

4. Anfragen

Ratsmitglied Mücke erkundigte sich nach dem Stand der Baumaßnahme Radweg Neubeckumer Straße in Höhe des Gewerbegebietes Grevenbrede. Der derzeitige Zustand mache einen fürchterlichen Eindruck.

Herr Fernkorn wies daraufhin, dass er bisher mindestens acht- bis zehnmal bei Straßen NRW nachgefragt habe. Er habe die Information, dass die Ausschreibung derzeit laufe und die Maßnahme spätestens im Sommer durchgeführt werde.

Sachkundiger Bürger Nordhoff wies daraufhin, dass das Geländer an der Bushaltestelle in Vellern nach der durchgeführten Straßenbaumaßnahme weder stabil noch solide ausgeführt sei.

Herr Fernkorn ergänzte, dass auch das Wartehäuschen noch nicht entsprechend hergerichtet sei. Beides werde jedoch in Kürze erledigt.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 04.06.2009

gezeichnet
Joachim Mücke
(Vorsitz)

Beckum, den 04.06.2009

gezeichnet
Gabriele Günnewig
(Schriftführung)